

Krisenregion Nahost

Die Fantasie der Menschheit hatte den Garten Eden in den Nahen Osten verlegt. Im Nahen Osten steht die Wiege der menschlichen Hochkulturen. Der Nahe Osten ist die Geburtsstätte der drei monotheistischen Religionen und damit heiliges Land. Dem Nahen Osten verdanken wir die Schrift, die ersten Rechtskodizes, große Mythen.

Wie trist ist aber die Gegenwart. Keine andere Region der Welt kennt eine größere Dichte an Konflikten und Spannungen. Der Konflikt um Palästina bescherte uns seit 1948 neun Kriege. Saddam Hussein hat den Irak in zwei große Kriege geführt. Nur als weitere Stichworte: Der Libanon und der Jemen, der Jihad und Al-Qaida, Anschläge und Attentate.

Weshalb ist das so? Die arabische Welt ist etwa gleich groß wie Europa, aber ungleich heterogener, vielfältiger. Immer wieder neue Hochkulturen waren in den vergangenen 5000 Jahren entstanden. Sie übernahmen voneinander, und sie gaben einander Anstöße. Die Folge war eine Vielfalt an Ethnien und Religionsgemeinschaften, wie sie die Welt kein zweites Mal kennt. Die Vielfalt wurde zur Hypothek. Sie begünstigte das Entstehen von Konflikten. Gehen wir einigen dieser Konflikte nach.

1. Palästina, der Schlüsselkonflikt

Nirgends war während der Arabellion auch nur eine israelische Flagge verbrannt worden. Und doch ist der Palästinakonflikt der Schlüssel zu vielem, was im Nahen Osten geschieht.

- Er löste den Aufstieg von Nassers Ägypten nach 1952 zur arabischen Führungsmacht aus, und er besiegelte nach der schmachvollen Niederlage von 1967 dessen Ende.

- Er stieß damit den Aufstieg der Golfstaaten an, die dieses Vakuum füllten und die von nun an Friedenspläne vorlegten.

- Er führte zum Ausstoß Ägyptens aus der Arabischen Liga, zu den Kriegen im Libanon und Jordanien, zur Ermordung von Sadat.

Er liefert den radikalen Staaten mit der Hamas und der Hizbullah Hebel zur Destabilisierung der Region.

- Er liefert Iran einen Keil, um in die arabische Welt vorzudringen, und er liefert den Grund für das arabische Misstrauen gegenüber den USA.

Palästina ist also der Schlüsselkonflikt.

Die israelische Siedlungspolitik – in Wirklichkeit handelt es sich um Landnahme und somit um Kolonisierung – überschattet alle anderen Fragen. Eingesetzt hatte die Siedlungspolitik unmittelbar nach dem Krieg von 1967. Heute leben auf der Westbank auf einer Fläche, die doppelt so groß ist wie das Saarland, 500.000 jüdische Siedler in mehr als 100 Siedlungen, die nach dem Völkerrecht illegal sind. Die Landnahme ging während aller

Friedensverhandlungen weiter. Von den 100 Prozent Palästina, die die Palästinenser vor der Ausrufung des Staates Israel 1948 hatten, sind ihnen 12 Prozent geblieben, und die sind unzusammenhängend wie Inseln im Meer. Ein Staat kann daraus nicht mehr werden.

Israel hat daher für die Araber vieles verändert. Mit seiner Gründung 1948 endete die liberale Epoche in Arabien, Militärs putschten sich in allen wichtigen Staaten an die Macht.

Andererseits hält die von den USA garantierte militärische Überlegenheit Israels den Arabern bis heute einen Spiegel der Demütigung vor. Der Palästinakonflikt radikalisiert Gesellschaften und erschwerte es den Liberalen, sich mit ihren Forderungen nach Reformen Gehör zu verschaffen. Palästina ist für Juden wie Muslime heiliger Boden. Der Konflikt ist damit nicht lösbar.

2. Golf, der Zukunftskonflikt

Palästina ist ein ideologischer Konflikt, der am Golf ist einer um Ressourcen und Macht. Es geht um Öl und damit den Wohlstand der Weltwirtschaft: Hier liegen 2/3 aller Ölreserven. Erst war es ein Konflikt zwischen dem Irak und Iran. Saddam Hussein, seit 1979 der starke Mann in Bagdad, wollte nach Ägyptens Abstieg den Mittelpunkt der arabischen Welt vom Nil nach Mesopotamien verlegen. Mit einem schnellen Krieg gegen Iran wollte er seinen Machtanspruch belegen, dann folgte die Invasion in Kuwait. Wäre ihm beides gelungen, wäre er Herrscher über ein Drittel der weltweiten Ölvorkommen geworden. Daraus wurde nichts. Die Kriege lösten vielmehr eine Kettenreaktion aus, an deren Ende Saddam stürzte und Iran zur neuen regionalen Vormacht aufstieg – auch weil Teheran Einfluss auf die nun schiitischen Herrscher in Bagdad hat. Der Irak fällt als regionale Macht aus. Die Sanktionen, die die Vereinten Nationen 1990 verhängten, führten im Irak allmählich zur Auflösung der gesellschaftlichen Strukturen. Identitäten und staatliche Strukturen zerbröselten. Heute ist der Irak das wohl korrupteste Land weltweit.

Und heute trägt der Nachbar Iran den Hegemonieanspruch stärker denn je zur Schau. Je mehr sich Iran von einem Gottesstaat entfernt und zu einer Militärdiktatur wird, die sich am persischen Nationalismus orientiert. Um die Hegemonie zu festigen, muss das Atomprogramm her. Denn noch nie ist ein Land angegriffen worden, das über die Atombombe verfügt. Für die arabischen Nachbarn sind Irans Hegemonie und Atomprogramm ein Albtraum. Die Pasdaran führen ständig neue Waffensysteme vor. Das zwingt zu einem Rüstungswettlauf. Dieses Geld können sie nicht mehr in die Entwicklung ihrer jungen Gesellschaften stecken.

Mit unterschiedlichem Erfolg versucht Iran, sich zur Destabilisierung der arabischen Schiiten in Staaten wie Saudi-Arabien, Bahrain und Kuwait zu bedienen. Für die arabischen Nachbarn ist der Palästinakonflikt weit weg. Sie fürchten aber Iran und wünschen sich, dass Iran in die Schranken gewiesen wird – und sei es durch einen Angriff auf seine Nuklearanlagen. Sie wissen, dass keine arabische Macht allein Iran eindämmen kann.

3. Stellvertreterkriege

Wo es Konflikte mit starken Akteuren gibt und wo die Gesellschaften mit vielen Minderheiten sehr heterogen sind, sind die Voraussetzungen für Stellvertreterkriege gegeben. Der Libanon und der Jemen drängen sich auf. Auf sie will ich nicht eingehen. Lieber will ich der Frage nachgehen, wo die Verwerfungslinien für die Konflikte liegen. Drei stehen im Vordergrund. Sie sind ethnisch, religiös, ideologisch.

4. Semiten gegen Indoeuropäer

Die ethnische Verwerfungslinie verläuft zwischen den semitischen Arabern und den indoeuropäischen Iranern. Semiten haben stets dort gelebt, wo im fruchtbaren Flusstal von Euphrat und Tigris der Garten Eden liegen sollte. Den Iranern boten indes die Hochebenen hinter dem Zagrosgebirge Schutz. Das flache Mesopotamien aber war kein natürlicher Wall. Die Angst vor Iran ist nicht neu. So stürmten 612 v. Chr. von Osten die Meder in die Ebene hinab und legten das glanzvolle Ninive in Schutt und Asche, die Hauptstadt der assyrischen Militärmacht. Dann wurde Kyros II. „König der Könige“, eroberte Babylon, machte Persien zur Weltmacht. Darius ließ seine Residenzstadt Persopolis mit Steinen aus dem rebellischen

Babylon bauen. Aus eigener Kraft warf Mesopotamien das persische Joch nicht mehr ab, sie mussten auf Alexander den Großen warten, der 331 v.Chr. Persepolis in Schutt und Asche legte.

Und dann auf den Islam. Nun endlich wendete sich das Blatt zugunsten der Araber. Mit der Schlacht von 642 fiel Persien in den arabischen Orbit. Die höfische persische Kultur fand aber Eingang in der neuen Oberschicht. Die Perser kapselten sich von den arabischen Reichen ab, gründeten eigene Dynastien, sie setzten sich mit der Übernahme der Schia von den sunnitischen Arabern und Türken ab.

Dieser Gegensatz hat sich unverändert gehalten: Die Perser halten sich mit ihrer Zivilisation von 2500 Jahren allem Arabischen überlegen, und sie blicken mit großer Arroganz auf die Araber als „Beduinen“ ohne Geschichte herab. Die Araber hingegen haben auch deswegen in Saddam Hussein investiert, damit sein Irak als Bollwerk neue Eroberungswellen aus dem Osten abhält.

5. Sunniten gegen Schiiten

Über den ethnischen Konflikt legen sich konfessionelle Spannungen. Die Araber sind überwiegend Sunniten, die Perser überwiegend Schiiten. Nicht theologische Fragen haben zur Spaltung geführt, sondern politische: Die Sunniten argumentieren, Allah habe zur Führung der Gemeinde jenen erwählt, der sich durchgesetzt hat und damit demonstriert, dass er die Herrschaft sichern kann. Die Schiiten hingegen argumentieren, nur Nachkommen Alis, des Vetters und Schwiegersohns von Muhammad, trügen die Offenbarung und göttliche Lichtsubstanz weiter.

Kerndatum des Konflikts ist der 10. Muharram des Jahres 61, also 680 n.Chr. Die Erinnerung an die Schlacht von Kerbala ist lebendig, als habe sie gestern stattgefunden. Hussein, Alis Sohn, hatte mit 70 Gefährten den Kalifen Yazid herausgefordert und starb im Pfeilhagel der überlegenen Armee des Sunnitenherrschers. Sein Martyrium wurde Fixpunkt des schiitischen Selbstverständnisses. Seither klagen sich die Schiiten an: „Hätten wir Hussein unterstützt, er wäre nicht gestorben.“ Die Unterlassung habe alle nach ihm betrogen, politisch entmachtet und um die Gerechtigkeit gebracht.

Die schiitische Mission, derer an Aschura, dem 10. Muharram, gedacht wird, sei daher, diese Gerechtigkeit herzustellen und die Macht der Nachkommen Yazids zu brechen. Die Revolution von 1979 hatte dazu eine erste große Möglichkeit geschaffen. Teheran bedient sich seither als fünfter Kolonne der arabischen Schiiten, im Libanon, Bahrain, im Jemen, in Saudi-Arabien.

6. Die Last von Geschichte, Macht und Ideologie.

Nicht allein ethnische und konfessionelle Spannungen sind eine Lunte für Konflikte. In der Moderne haben auch politische und ideologische Faktoren zu Stagnation geführt. Der Geburtsfehler der Moderne im Nahen Osten war, dass die Machthaber glaubten, der Staat verkörpere jene Moderne, die sie anstrebten; die Gesellschaft sei dem Staat untertan. Das war in Atatürks Türkei der Fall, im Iran der Pahlawis, vor allem in Nassers Ägypten. Der Staat sollte nun eine schlagkräftige Armee schaffen, um die militärische Unterlegenheit zu kompensieren. Er sollte die Wirtschaft lenken, um die wirtschaftliche Rückständigkeit zu korrigieren.

Das Ergebnis waren autoritäre Staaten, in denen kleine Eliten der Bevölkerung ihren Willen aufdrückten. Allmächtige Sicherheitsapparate entstanden, ebenfalls Pyramiden der Macht. Über Patronage und Klientelverhältnisse banden die Machthaber Bürger an sich – durch die

Vergabe von Posten, von Aufträgen, von staatlichen Ressourcen. Der Staat war korrupt, die Polizei brutal, Mobilität nicht vorgesehen, Wahlen wurden gefälscht, eine Elite bereicherte sich. Die Region stagnierte und fiel zurück. Keine Region der Welt gewährte weniger politische Freiheiten und weniger bürgerliche Rechte.

Drei Faktoren haben den autoritären Charakter dieser starken Staaten zementiert:

- 1) Mit den Techniken der Moderne, vor allem den Überwachungsmethoden der Kommunikation, übten sie mehr Macht aus, als die vormodernen Staaten je besessen hatten.
- 2) Die Gründung des Staats Israels beendete in Ägypten, Syrien und dem Irak eine liberale Epoche. Militärs feigten die zivilen Regierungen beiseite, um den Kampf mit Israel aufzunehmen. Der Konflikt mit Israel wurde zum Vorwand, um im Namen der Konfrontation und der nationalen Geschlossenheit jegliche Opposition im Keim zu ersticken.
- 3) Autoritär waren die drei wichtigsten Ideologien, jeweils mit einem „grand design“. Der arabische Nationalismus forderte eine politische Einheit aller Araber; ein starker Staat sollte sie verkörpern sollte. Arabien wurde repressiv. Der arabische Sozialismus hingegen führte die sowjetische Zentralverwaltungswirtschaft ein. Arabien verarmte. Der politische Islam schließlich stellte als gerechte Ordnung die Umma, die Gemeinschaft aller Gläubigen, in den Vordergrund, der sich der Einzelne unterzuordnen hat.

Alle drei Ideologien, grand designs, sind entzaubert. Kleinere Ziele, die aus ihnen abgeleitet sind, haben indes Bestand: die kulturelle Einheit der Araber, die soziale Gerechtigkeit, der Islam als ein konstituierendes Element der arabischen Kultur.

Die Eliten wähten sich nach Jahrzehnten des Stillstands in Sicherheit. Sie haben die Veränderungen und den steigenden Druck im Kessel nicht wahrgenommen. Die Jugend war indes inzwischen gut informiert und vernetzt. Während die Regime mit Panzern die Sendezentralen ihrer staatlichen Fernsehsender umstellten, diskutierte die Jugend längst in Blogs, mobilisierte sich mit Facebook und Twitter.

Die neuen Medien haben zweierlei bewirkt: Zum einen lief die Macht der Zensur nun ins Leere, verpuffte. Zum andern änderten sich die Spielregeln der Kommunikation:

Kommunikation bedeutet nicht mehr Kontrolle, sondern Interaktion. So entstehen ein neuer Diskurs und eine öffentliche Meinung, die keiner mehr steuern und ignorieren kann. Da sind die alten Regime schlicht überfordert.

7. Damit sind wir im Heute angekommen.

Wir sind Zeugen einer historischen Zäsur. Wir sind aber unschlüssig, was wir sehen. Ben Ali, Mubarak und Gaddafi sind weg – sie hatten zusammen 96 Jahre regiert. Bei Saleh und Assad ist es nur noch eine Frage der Zeit – sie kommen auf 74 Jahre. Als Langzeitdespoten standen sie für Stabilität und dafür, dass sich nichts ändert.

In 19 der 22 Staaten der Arabischen Liga sind in diesem Jahr nun die Menschen auf die Straßen gegangen. Was wollen sie? Dasselbe wie viele Europäer im Revolutionsjahr 1848: Mitsprache, das Ende der alten Eliten, eine neue Ordnung.

Die größte Massenmobilisierung der jüngeren Geschichte hat in der arabischen Welt einen langen Stillstand aufgebrochen. Der Druck im Kessel stieg, bis er explodierte. Die Welt hatte ihren Blick aber immer nur auf die Moscheen fixiert. Anderes sahen wir nicht mehr. Von dort waren schließlich die Terroristen des 11. September gekommen. Wir hatten Husni Mubarak geglaubt, wenn er sagte: „Ich oder die Islamisten.“ Die Welt und die arabischen Machthaber übersahen zum einen das Internet. Die Redaktion von CNN aus Dubai berichtete aber bereits im Oktober 2010 von einer Debatte tunesischer Aktivisten, die im Schutz des Web Massendemonstrationen vorbereitet.

Die Welt und die arabischen Machthaber übersahen auch die Bedeutung des Fußballs. Das Stadion war neben der Moschee ein zweiter öffentlicher Ort, um Frustrationen abzulassen.

Gerade die Ultras in Kairo sammelten über Jahre Erfahrungen in brutalen Straßenschlachten mit der Polizei. Wir nahmen das nicht zur Kenntnis, weil Ultras ein lokales Phänomen sind und kein World Trade Center angreifen. In Ägypten und Libyen spielten sie aber eine große Rolle. Die feingliedrigen Aktivisten waren die Denker der Revolution, die Ultras waren die Phalanx, die sich der Polizei entgegenstemmte.

Die Veränderungen kommen von innen. Die Hälfte der Araber ist 24 Jahre und jünger, nirgends auf der Welt ist die Jugendarbeitslosigkeit höher. Sie leiteten die überfälligen Veränderungen mit einer unvorhersehbaren Wucht ein. Begonnen haben sie mit Muhammad Bouazizi. Er hatte sich am 17. Dezember 2010 mit Benzin übergossen und angezündet. Mit ihm können sich die meisten jungen Araber identifizieren. An ihm lassen sich die „PPP“ illustrieren, die der Schlüssel sind für die Arabellion:

- Poverty: Bouazizi war arbeitslos. Als sein Vater starb, musste er die Schule verlassen, um als Ältester für die vielköpfige Familie zu sorgen. Er finanzierte den Lebensunterhalt als mobiler Straßenhändler mit einem Gemüsewagen.

- Participation: Der Polizeistaat Tunesien sah eine Mitsprache seiner Bürger nicht vor. Im Gegenteil musste Bouazizi immer wieder Bestechungsgelder zahlen. Als er es einmal nicht mehr konnte, zündete er sich an.

- Pride: Bouazizi war 26 und hatte keine Chance zu heiraten. Das System verwehrte ihm den letzten Schritt zum Erwachsenwerden und verurteilte ihn zu einer sexuellen Frustration, die viele seiner Altersgenossen teilen.

Je mehr in einem Land die PPP erfüllt waren, desto mehr entluden sich Frustration und Hass.

Die ersten Erkenntnisse lauten:

- 1) Die eigenen Probleme und die Suche nach einem würdigen Leben trieben die Menschen auf die Straße. Nirgends brannte eine amerikanische Flagge, nirgends eine israelische. Der Protest richtet sich gegen Armut und Korruption im eigenen Land, gegen soziale Ungleichheit und Vetternwirtschaft, gegen Unterdrückung und das Vorenthalten von Freiheit.
- 2) Die Erhebungen wurden nicht von außen organisiert, auch im Innern stand hinter ihnen keine mächtige Organisation. Sie haben weder bekannte Führer noch ein Programm.
- 3) In ihrer jetzigen Form haben die Regime keinen Bestand. Der Geist ist aus der Flasche.

These 1: Der Wandel wird nicht so leicht sein wie in Osteuropa, er wird uns Jahrzehnte beschäftigen.

Die historische Analogie der Arabellion ist nicht der Fall des Eisernen Vorhangs 1989. Gewiss: Hier wie dort sind die Menschen für mehr Rechte und das Ende der Diktaturen auf die Straße gegangen. In zwei Punkten unterscheiden sich Osteuropa und Arabien aber:

- 1) Die Staaten Osteuropas waren sich sehr ähnlich, hatten ähnliche Strukturen.
- 2) Sie alle hingen an der UdSSR; als die kollabierte, konnten sie sich bewegen.

Beide Faktoren sind in der arabischen Welt nicht gegeben:

- 1) Ihre 22 Staaten sind sehr heterogen (reichen vom reichsten Land Qatar zum Armenhaus Jemen, von der mediterranen Kultur Tunesiens zum afrikanischen Sudan).
- 2) Keine externe Macht hält sie an der kurzen Leine.

Die Folge ist eine Vielzahl von Prozessen und eine Vielzahl möglicher Ergebnisse.

Die historische Analogie ist vielmehr das europäische Jahr 1848. Was war damals geschehen? Zwei Aspekte der Revolution von 1848 sind wichtig:

- 1) Erstmals wurden in Europa Menschenmassen politisiert, und sie stellten die Herrschaft der feudalen Eliten in Frage.

2) Die neue Idee des Nationalismus mobilisierte sie.

Eine Transformation setzte ein. Demokratien waren aber noch lange nicht entstanden.

Prozesse hatten aber begonnen, die die Gesellschaften auf Dauer verändern sollten.

Gesellschaftliche Prozesse verlaufen jedoch nicht geradlinig, vielmehr gibt es immer wieder Rückschläge – und das genau erleben wir heute in der arabischen Welt.

Diese Prozesse werden uns über Jahrzehnte beschäftigen. Was wird sich verändern? Nehmen wir die beiden Aspekte Massen und Nationalismus.

Erstens: die Qualität der Politik verändert sich, wenn nicht mehr die alten Eliten sie

bestimmen, sondern wenn die Massen den Vorrang der Gesellschaft vor dem Staat

durchsetzen. Die Massen bringen ihre kulturelle Identität mit, und die ist stark vom Islam

geprägt. Die neuen Ordnungen, die in der arabischen Welt entstehen, werden daher keine

Blaupausen des westlichen liberalen Gesellschaftsmodells sein.

Zweitens: mit dem neuen Nationalismus wird die Politik, vor allem die Außenpolitik,

nationalistischer sein. Sie wird sich an nationalen Interessen orientieren und nicht mehr an

amerikanischen Vorgaben. Die USA werden sich Verbündete nicht mehr so leicht kaufen

können, und Israel muss beginnen, nicht mehr mit Despoten Frieden zu schließen, sondern

mit Völkern.

Die Revolution bedeutet, dass der durchschnittliche Bürger seiner politischen Macht bewusst

wird, und die wird er nicht mehr zurückgeben, selbst wenn der Wandel nicht linear verläuft.

Sehen wir uns drei Länder an, in denen der Wandel eingesetzt hat, und fragen, wo Gefahren lauern.

These 2: Rückschläge bleiben nicht aus, Revolutionsdividenden müssen her.

Ägypten: Was im bevölkerungsreichsten Land der arabischen Welt geschah, wirkte immer auf den Rest Arabiens. Der Sturz Mubaraks inspirierte Aktivisten in anderen Ländern, er alarmierte auch Machthaber, vor allem die Monarchen am Golf. Zwei Rückschlägen drohen:

1) Erstens, das Militär. Es hatte Mubarak aus zwei Gründen fallen gelassen: Der Kapitalismus von Mubaraks Sohn Gamal hatte mit einer Klasse Neureicher die wirtschaftlichen Interessen der Offiziere tangiert; zudem lehnte es Gamal als Nachfolger seines Vaters ab. Nun versucht das Militär seine privilegierte Stellung zu schützen, ohne für das politische Tagesgeschäft verantwortlich zu sein. Dazu setzt es viele Hebel in Bewegung:

- Schwächung der Aktivisten: Seit dem Beginn der Militärherrschaft sind 12.000 von Militärgerichten verurteilt worden und damit mehr als in 30 Jahren Mubarak.

- Herrschaft über die Provinzen: Mehr Generäle denn je sind Gouverneure.

- Die neue Verfassung. Das Militär verlangt Sicherheiten, dass es in der neuen Verfassung von Präsident und Parlament unabhängig bleibt.

- Das Wahlrecht. Es soll die Bildung eines starken politischen Blocks verhindern und

sicherstellen, dass pensionierte Offiziere weiter im Parlament vertreten sind.

2) Erwartungshaltung. Jeder zweite Ägypter zwischen 20 und 24 Jahre ist arbeitslos.

Die Ägypter geben 40 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, mehr als in fast allen

Ländern der Welt. Die dramatisch gestiegenen Nahrungsmittelpreise treffen Ägypten, den

größten Weizenimporteur der Welt, besonders hart. Die Erwartungshaltung war groß, dass

sich mit dem Sturz Mubaraks das Leben der einfachen Leute verbessern werde. Die krasse

soziale Ungleichheit abzubauen, ist eine Herkulesaufgabe. Je länger die Revolutionsdividende

ausbleibt, desto größer wird die Gefahr, sich wieder einen starken Mann zu wünschen. Dazu

trägt bei, dass regimenahe Unternehmer aus politischem Kalkül Beschäftigte entlassen.

Ist die Revolution deswegen beendet? Nein. Jenseits von Revolution und Konterrevolution,

von revolutionärem Narzissmus und wirtschaftlichen Realität setzt eine Normalisierung der

Politik ein. Die Menschen debattieren erstmals, welche Zukunft sie sich wünschen. Das ist letztlich wichtiger als die Details des Wahlgesetzes.

Auch in Tunesien wird die Transformation holprig und mit Rückschlägen verlaufen. Auch hier versuchen die Träger des alten Regimes zu retten, was zu retten ist; Algerien ist an einem Erfolg in Tunesien ohnehin nicht interessiert. Die Voraussetzungen sind aber einfacher als in Ägypten: Das Land ist mit 10 Millionen Einwohnern mittelgroß, die Bevölkerung ist gut ausgebildet und europäisch orientiert, die urbane Mittelschicht ist breit, die Verwaltung funktioniert, und die Wirtschaft ist wettbewerbsfähiger als die ägyptische.

Schließlich Libyen. Es bietet eine Bandbreite von völligem Scheitern bis zum Modellstaat. Unklar ist, wer regieren wird. Gefahren lauern, dennoch bin ich eher optimistisch. Gaddafi hatte in seiner Jamahiriyya keine Institutionen zugelassen. Mit dem Kollaps ist daher ein großes Vakuum entstanden. Gefüllt wird es nun durch das, was wir „Rebellen“ nennen. Diese Rebellen sind ein repräsentativer Querschnitt durch das libysche Volk, mit ehemaligen Vertretern des Gaddafiregimes und aus dem Exil in Amerika und Dubai zurückkehrenden Exillibyenern, mit Islamisten und säkularen Liberalen. Gaddafi wollte aus dem Untergrund einen Guerillakrieg wie Saddam Hussein führen. Das hatte kaum Chancen. Denn Gaddafis Sturz gilt – die Flugzeuge der Nato waren auf dem Boden ja nicht sichtbar – nicht als Folge einer ausländischen Intervention. Die neuen Herrscher sind Libyer, keine Ausländer. Zudem hatte der Nationale Übergangsrats, anders als im Irak, lange vor dem Sturz des Diktators mit dem Aufbau einer neuen Ordnung begonnen.

These 3: Auch die Reichtumsinseln am Golf sind nicht ganz immun.

Die arabische Welt teilt sich in ein altes Arabien und ein neues Arabien. Das alte Arabien umfasst die Länder der alten Hochkulturen des Nahen Ostens – Ägypten, Syrien, der Irak. Entstanden sind sie dank des Wassers von Flüssen. Später wurden sie Opfer der Geschichte (ihrer ständigen Auseinandersetzung mit dem Westen) und Opfer von Ideologien der Unfreiheit. Die Arabellion hat die überfällige Erneuerung angestoßen. Das neue Arabien am Golf hatte zu dieser Erneuerung bereits ein Vierteljahrhundert einen entscheidenden Impuls gegeben. Länder der Peripherie wurden weder von der Last der Geschichte noch den Fesseln von Ideologien gebremst.

In Ägypten und im Irak war das Wasser Grundlage der Hochkulturen gewesen; am Beginn des Aufstiegs der Golfstaaten standen das Erdöl und seine Bedeutung für die Weltwirtschaft. In Dubai zudem war ein Entwicklungsmodell entstanden, das die arabische Welt verändern sollte: Im Mittelpunkt steht nicht mehr der Staat, sondern der Einzelne; Globalisierung wird nicht als Gefahr begriffen, sondern als Chance; der Islam ist nicht mehr dogmatisch, sondern mit der Individualisierung pragmatisch. Am Golf entstehen neue Städte und eine neue Kultur. Bei den „PPP“, dem Gradmesser der Unzufriedenheit, schnitten die Reichtumsinseln gut ab. In Qatar und den VAE gab es keine Proteste. Die Einkommen gehören zu den höchsten weltweit, jeder hat Zugang zu den Herrscherhäusern, und um die Zukunftsperspektiven kann man die Jugend nur beneiden. Und: In beiden Ländern stellen die Einheimischen mit 1/5 eine Minderheit in der Bevölkerung. Bei einer Demokratie gäben sie ihre Länder aus der Hand. In den VAE gab es dennoch zwei bemerkenswerte Ereignisse. Im März forderten mehr als 100 Intellektuelle die Umwandlung des FNC von einem beratenden Organ in ein wirkliches Parlament. Im April wurden erstmals fünf VAE-Staatsbürger aus politischen Gründen verhaftet. Sie alle wollen Reformen, keine Revolutionen.

Das Argument der Reformer lautet: Die Moderne ist komplex, so dass die Regierungsform, sich im Majlis mit den Untertanen zu treffen, nicht mehr ausreicht. Der Markt regelt die

Komplexität der Wirtschaft, die Partizipation die Komplexität der Gesellschaft. Noch sind die Gefahren von innen geringer als die von außen: der drohende Kollaps des Jemen und Irans nukleares Hegemoniestreben.

Bahrain ist ein Sonderfall am Golf, mit seiner relativ langen urbanen Tradition und seiner nicht homogenen Gesellschaft: 70 Prozent sind Schiiten und Unterschicht, 30 Prozent sind Sunniten, und sie regieren. Den Sunniten ist es bisher nicht gelungen, die Schiiten in den Staat einzubeziehen und ihnen gleiche Chancen zu bieten. Die Demonstranten forderten daher die Umwandlung des Staats in eine Republik. Da war für Saudi-Arabien die rote Linie überschritten, und das Königreich schickte, zusammen mit den VAE, Soldaten nach Bahrain. Der „nationale Dialog“ bleibt ohne Substanz, Militärgerichte verhängen weiter drakonische Strafen. Der Kessel brodeln weiter. Die Prognose ist nicht schwer: Da kracht es bald wieder.

Saudi-Arabien versuchte erst, mit einem Füllhorn von Maßnahmen (1/4 des BIP) neue Loyalität der Bürger zu erkaufen und Zeit zu gewinnen. Die Sicherheitskräfte gingen hart gegen schiitische Demonstranten in der ölreichen Ostprovinz vor. Zuletzt kündigte der König politische Reformen an, vor allem das Wahlrecht für die Frauen. Der Druck aber nimmt zu: Saudi-Arabien müsste jedes Jahr 300.000 Arbeitsplätze schaffen, nur um die Arbeitslosigkeit zu stabilisieren. Selbst das ölreiche Königreich kann sich den üppigen Wohlfahrtsstaat nicht mehr lange leisten. Dann kommt auch es um Reformen nicht herum. Zunächst aber fürchtet es mehr die Instabilität im Ausland als zu Hause: So marschierten seine Soldaten in Bahrain ein, es übt Druck im Jemen aus, finanziert Oman und Jordanien, stützt in Ägypten die Militärs. Gefahr lauert auch im Inland: Mit der ungeklärten Thronfolge vieler Thronanwärter über 80.

These 4: Wir stehen vor Jahren der Instabilität.

Bisher war der Nahe Osten so einfach. Seine Länder ließen sich in zwei Gruppen unterteilen: den „moderaten“, also pro-westlichen, etwa mit Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien, und den „radikalen“ mit Syrien und Iran, mit der Hizbullah und der Hamas.

Das ist noch nicht ganz irrelevant, aber eine andere Unterscheidung ist wichtiger geworden.

Wir unterscheiden bereits Länder,

- die sich zu Demokratien entwickeln, mit einer guten Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Transparenz; dazu gehören Tunesien, Ägypten und Libyen;
- die von oben Reformen einleiten, um sich zu legitimieren und die Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen; wie Marokko, Jordanien, einige Golfstaaten;
- die, drittens, weitgehend de-legitimiert sind, weil sie mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgehen, wie Syrien und der Jemen; hier drohen Bürgerkriege.

Möglicherweise wird kein Stein auf dem anderen bleiben. Zur Instabilität könnte beitragen, dass Washington seinen Partner Ägypten verliert, Iran seinen Partner Syrien, dass sich die Bürgerkriege im Jemen und Syrien verschärfen, dass im Irak die zarte Demokratie der Inkompetenz und Korruption zum Opfer fällt, dass der Jemen auseinander bricht und Irakisch-Kurdistan unabhängig wird, dass Minderheiten mehr Rechte, sogar Autonomie verlangen, dass das Gleichgewicht am Golf neu austariert wird und schließlich dass Israels Intransigenz einen neuen Nahostkrieg auslöst.

Die Erkenntnis ist also, dass die Arabellion nicht gradeweis in stabile Demokratien führt. Nur eines ist gewiss: Das Zeitalter der arabischen Diktaturen gehört der Vergangenheit an. Eine breite Palette von Möglichkeiten zeichnet sich ab: Sie reicht von Ländern, die einen Regimewandel eingeleitet haben, über Länder, deren Machtpyramiden sich nur langsam verändern, bis zu Ländern, die sich in einem Bürgerkrieg zerfleischen und deren Staat zerfallen.

Der Regimewechsel wird also nicht annähernd so rasch verlaufen wie in Osteuropa. Er wird politisch und wirtschaftlich weniger erfolgreich sein, als in Osteuropa, wo es ja auch Rückschläge gegen hat und weiter gibt.

Zwei Beobachtungen: Erstens, Monarchien scheinen die Herausforderungen besser zu meistern als Republiken. Denn in ihnen gilt die dynastische Nachfolge als legitim, auch begründen die Königshäuser ihre Macht meist religiös. In Marokko, Jordanien und Saudi-Arabien fordern Demonstranten daher nicht das Ende der Monarchien, sondern bessere Regierungen und bessere Lebensbedingungen.

Zweitens, jedes Land bringt eine andere Mischung aus politischen und wirtschaftlichen Reformen hervor. Bei den politischen Reformen stehen die Ausweitung der Partizipation sowie die Beendigung der Diskriminierung ethnischer und konfessioneller Gruppen im Vordergrund. Kosmetische Maßnahmen und leere Versprechen, die zum Markenzeichen Assads wurden, reichen nicht mehr. Die wirtschaftlichen Reformen, auf der anderen Seite, können sich nicht länger im Ausbau des öffentlichen Diensts und der Subventionen erschöpfen. Dafür fehlt das Geld. Ausschau zu halten ist nach Reformen, die auf die Hebung der Lebensperspektiven ausgerichtet sind und die Arbeitsplätze schaffen.

These 5: Endlich hat ein Wettstreit um Ideen eingesetzt.

Die Zukunft der arabischen Welt entwickelt sich entlang dreier Fragestellungen: Das Verhältnis zwischen Militär und ziviler Macht; das von Islam und säkularer Lebensform; die Lösung der sozialen Frage. Darauf wird jedes Land andere Antworten finden.

Aus dem ideologischen Vakuum heraus entstehen neue Ideologien. Sie sind noch nicht vorhanden und nicht ausformuliert. Ein Wettstreit um Ideen hat eingesetzt:

Die Islamisten haben ihr scheinbares ideologisches Monopol verloren. Sie stehen nun im Wettstreit mit Liberalen und Nationalisten, mit Linken und Sozialdemokraten. Größter Einzelblock bleiben die Islamisten. Sie haben bereits Programme und Strukturen. Sie haben die Revolutionen nicht gemacht, aber ihre Zeit ist nun gekommen.

Der politische Islam hat sich von zwei Seiten verändert. Zum einen hat die extremistische Version von Al-Qaida seit 9/11 ihre Attraktivität bei den Massen verloren. Denn die erste Folge des Terrors war die Besetzung Afghanistans und dann des Irak. Zweitens konnte Al-Qaida das ideologische Vakuum in der arabischen Welt nicht füllen. Die Rhetorik beschränkte sich auf den Hass gegenüber dem Westen. Drittens, Al-Qaida war als Folge des amerikanischen Kriegs gegen den Terror bereits geschwächt, da machte die Arabellion sie irrelevant. Die Lektion war, dass man durch gewaltfreien Aktivismus mehr erreichen kann als mit Terror.

Heute organisieren sich die ehemaligen Jihadisten als Parteien und sind damit eine Gefahr für die Demokratie, die vergleichbar ist mit der extremen Rechten in Europa. Zum anderen sind die Islamisten pragmatisch geworden. Statt Scharia reden sie von Grundrechten, statt Kalifat von guter Regierungsführung. Sie ignorieren die Frage, ob denn Islam und Demokratie vereinbar sind. Sie sagen: Doofe Frage, wir wollen Demokratie!

Wichtig ist das Modell Türkei. Es lässt sich auf das Schlagwort „Business-Islam“ reduzieren. Das ist ein Islam einer neuen urbanen Mittelschicht. Dieser Islam ist individualisiert, das Wohlergehen des Einzelnen im Diesseits steht im Mittelpunkt. Dieser Islam will die Moderne, er will die Früchte der Moderne ernten, und er ist nicht an den repressiven Aspekten des Islams interessiert. Das Wichtige: Die Türkei zeigt, dass dies funktioniert, dass Muslime Demokraten sein können und dass sie in Wohlstand leben können.

Daraus einige Schlüsse:

- 1) Politik, die ihre Kraft aus der Religion schöpft, muss nicht gewalttätig sein. Jede Revolution hat eine moralische Komponente: die der katholischen Kirche gegen den Kommunismus, der Buddhisten in Burma, der arabischen Muslime gegen ihre Despoten.
- 2) Religiöse Institutionen, die nach Macht streben, wollen keine Demokratie. Khomeini ist dafür Zeuge.
- 3) Sehr wohl demokratisch können hingegen politische Parteien sein, die ihre Werte aus der Religion und dem Glauben beziehen – das gilt für die CDU wie für die AKP.

These 6: Verlierer der Arabellion sind der Westen, Israel und Iran

Wie immer sich der Nahe Osten entwickeln wird, ob er demokratisch wird oder nicht, eines ändert sich grundlegend: Keine Regierung wird mehr gegen die öffentliche Meinung handeln können. Und das wird sich vor allem auf die Außenpolitik auswirken.

Der Westen: Die jungen Araber verlieren ihre Illusionen über den inkonsistenten Westen. Der Westen intervenierte in Libyen, nicht aber in Syrien. Der Westen kritisierte den Jemen für die Menschenrechtsverletzungen, nicht aber Bahrain. Zudem hatte Präsident Barack Obama mit seiner Rede in Kairo hohe Erwartungen geschaffen, von denen er keine erfüllte. Israel kolonisiert weiter arabisches Land, und mit der Weigerung, einen Staat Palästina zu unterstützen, verlor Obama die letzte Glaubwürdigkeit. Ein Vakuum ist entstanden, und ein Kampf hat eingesetzt, dieses Vakuum zu füllen.

Verlierer der Arabellion ist Israel. Die Welt um Israel ändert sich rasch, Israel aber bleibt passiv und isoliert sich weiterhin mit seiner Weigerung, in einen konstruktiven Friedensprozess mit den Palästinensern zu einer Zweistaatenlösung einzutreten.

Ministerpräsident Netanyahu behauptet, die regionale Lage sei zu instabil, um friedenspolitische Schritte einzuleiten. Dabei wird es um Israel einsamer. Denn die neue ägyptische Führung führt eine wesentlich kühlere Israelpolitik. Zudem stellt die Türkei die Zusammenarbeit mit Israel ein. Tief sitzt die Verärgerung über Israel, und dazu besteht ein breiter Konsens. Denn die Türkei will nicht hinnehmen, dass Israel in internationalem Gewässer neun türkische Staatsbürger getötet hat.

Verlierer ist auch Iran. Die Islamische Republik kann seit der umstrittenen Wiederwahl von Ahmadineschad 2009 nicht länger beanspruchen, demokratischer als die arabische Welt zu sein. Iran kann sich seit der neuen Außenpolitik Ägyptens und der Türkei nicht mehr als Kämpfer gegen Israel in Szene setzen. Drittens droht Iran seinen wichtigsten Verbündeten, Syrien, zu verlieren. Iran schwimmt wie ein Lachs gegen den Strom der Zeit. Einzige positive Entwicklung für Iran ist der amerikanische Rückzug aus dem Irak Ende 2011.

Die Türkei weist Iran zunehmend in Schranken:

- Die Türkei will in Syrien einen Regimewechsel, Iran will es nicht.
- Die Türkei sieht den Irak als seine osmanische Provinz, Iran aber als schiitisches Hinterland.
- Die Türkei braucht für ihre merkantilistische Außenpolitik Frieden, Iran braucht Instabilität, damit der Ölpreis hoch bleibt und der Blick von seinem Atomprogramm abgelenkt wird.

Klarer Gewinner ist lediglich die Türkei. Nie zuvor hatte die Türkei in der arabischen Welt dieses Ansehen. Die Meinungsforscher von Zogby International haben nach der Zustimmung zur Türkei gefragt. Mit 45 % war sie in Jordanien am geringsten, mit 98 % in Saudi-Arabien am höchsten. Selbst in Marokko sind es 80 %, und im Libanon trotz der Hizbullah 93 %.

Die Türkei ist von Mesopotamien bis Marokko der aktivste Akteur. Warum? Drei Faktoren:

- 1) Die Schwäche der US-Politik hat ein Vakuum geschaffen, und die EU ist kein außenpolitischer Akteur. Als neuer Akteur auf der regionalen Bühne testet die Türkei ihre Möglichkeiten und Grenzen – und schießt dabei gelegentlich über das Ziel hinaus.

2) Nach der Zurückweisung durch Europa sucht eine selbstbewusste Türkei neue Betätigungsfelder.

3) Die Außenpolitik steht im Dienst der Wirtschaftsnation. Aktive Außenpolitik hat die Aufgabe, neue Märkte zu erschließen – in Arabien, Afrika, Asien.

Für die arabischen Staaten ist die Türkei aus mehreren Gründen interessant: Als Modell mit ihrem „Business-Islam“, als Vermittler (Libanon, Syrien, Israel), als Wirtschaftspartner, als Kritiker überkommener autoritärer Ordnungen, als Gegengewicht zu Iran.

These 7: Wir nutzen unsere Mittel zur Gestaltung der Arabellion nicht.

Die Arabellion hat umso mehr Erfolgchancen, wenn für die Bevölkerung sichtbare Revolutionsdividenden abfallen. Da muss Europa ansetzen und tut es auch.

Zwei Ansatzpunkte:

1) Demokratieförderung:

Es gilt, Parteien aufzubauen, den politischen Diskurs in die Provinzen zu bringen, Plattformen für den Dialog unterschiedlicher ideologischer Strömungen zu schaffen, kritische Journalisten auszubilden. Das ist viel Kleinarbeit. Denn die Politisierung muss über die Intellektuellen und die gebildete Mittelschicht hinaus. Große Verdienste erwerben sich die politischen Stiftungen. Das allein jedoch reicht nicht: Nach 1945 war es in Deutschland ja auch nicht die politische Bildung der Alliierten, die den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland ermöglichte.

2) Entscheidender sind daher Wirtschaftsreformen und die Lösung der sozialen Frage:

Nicht Privatisierung und EU-Direktiven sind hier gefragt, sondern viele wenig spektakuläre Maßnahmen, um dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut abzubauen. Im Mittelpunkt muss also eine Mittelstandsförderung stehen. Der *crony capitalism* muss in eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft umgebaut werden. Regimenaher Abzocker, die nur ihre Hand aufhalten, sind keine Unternehmer. Ich denke da an Rami Makhluf in Syrien und alle die Fixer, die bei jedem Vertrag in Libyen schwer mitverdient haben. In Libyen erreichten die „Kommissionen“ (im Bau) bis zu 50 Prozent des Auftragswerts.

Deutschland leistet in Ägypten bereits einen Beitrag: Mit einem Beschäftigungspakt der Mitglieder der AHK und einer Ausbildungspartnerschaft (inkl. Stipendien) des BDA. Mehr wäre jedoch möglich: Arbeitgeber fänden auf gleicher Augenhöhe bei ihresgleichen Gehör, wenn sie Aufklärung leisteten, dass höhere Löhne keine Schande sind, sondern motivieren und sich in mehr Produktivität niederschlagen. Gewerkschaften könnten dazu beitragen, eine vernünftige Arbeitnehmerbewegung aufzubauen, die weiß, wie viel Lohnerhöhung machbar sind und dass Streiks nicht Monate dauern dürfen. Unsere Regierungen sollten den Marktzugang für Produkte aus Nordafrika öffnen und – zur Stabilisierung unserer Nachbarregion – Investitionen dort mit steuerlichen Anreizen fördern.

Letzte Bemerkung: Die Zeitbombe heißt Jugendarbeitslosigkeit.

Die Jugend hat die Arabellion angestoßen, und die Jugend wird weiter der Verlierer sein. Die Zahlen müssen jeden alarmieren. Bereits heute leben von den 350 Millionen Einwohner rund 100 Millionen von weniger als 2 US\$ am Tag. Zwei Drittel der Einwohner sind jünger als 30 Jahre. Sie sind von Arbeitslosigkeit weit mehr betroffen als die über 30jährigen. Bis 2050 wird sich in der arabischen Welt die Zahl der Einwohner auf 700 Millionen verdoppeln.

Nehmen wir an, nur wenige Frauen suchten Arbeit – was unrealistisch ist. Selbst dann müssten jedes Jahr 3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wo sollen die Arbeitsplätze her? Der öffentliche Dienst kann sie nicht bereitstellen. Er ist bereits zu aufgebläht und zu teuer. Die Privatwirtschaft, selbst wenn sie auf die Beine, kann

diese Arbeitsplätze ebenfalls nicht schaffen. Dazu sind die Dimensionen zu gewaltig. Die Hoffnung ist, dass viele der Jugendlichen selbständig werden, aber mit besseren Perspektiven und Rahmenbedingungen als bei Bouazizi.

Das ist die größte Herausforderung und eine tickende Zeitbombe. Stabilität wird es keine geben, wenn diese Jugendlichen keine Arbeit finden. Zu den ethnischen, konfessionellen und ideologischen Verwerfungslinien kommt eine viel größere Gefahr hinzu: Eine wachsende Kluft zwischen satten Alten und einer Jugend ohne Zukunft. Das Jahr 2011 könnte darauf ein erster Vorgeschmack sein.

Rainer Hermann

Dortmund, 15. Oktober 2011